

Wohnen kann jedeR



In Hamburg sind rund 10.000 Menschen wohnungslos. 2.000 von ihnen leben auf der Straße, 8.000 leben in öffentlichen Wohnunterkünften, Übernachtungsstätten wie dem Pik As, in Asylunterkünften oder Hotels (Zahlen der Diakonie Hamburg).

Wohnen kann zunächst einmal jedeR – bei manchen ist Unterstützung und Betreuung notwendig. Das Problem ist jedoch nicht der wohnungslose Mensch, sondern das Fehlen von Wohnraum

im niedrigen Preissegment. Wohnen kann jedeR, aber nicht jedeR kann wohnen. Denn dass jedeR Wohnungslose in Hamburg eigenen Wohnraum hat, ist kein politisches Ziel der etablierten Politik. Es gilt nicht, Wohnungslosigkeit tatsächlich zu beseitigen. Das Ziel ist vielmehr, die Zahl zwar möglichst klein zu halten, aber nicht alle Menschen aus der Obdachlosigkeit zu befreien. So weit geht die Verantwortungsübernahme des Sozialstaates nicht, denn die Befürchtung, dies würde weitere Bedürftige aus dem ganzen Bundesgebiet in diese Stadt locken, ist groß und mächtig. Die Kunst des Hamburger Senats scheint vielmehr darin zu bestehen, die Waage zwischen sozialer Hilfe für Wohnungslose und bewusst in Kauf genommener Obdachlosigkeit im Gleichgewicht zu halten. Wohnen soll nicht jedeR.

Aus meinem Arbeitsalltag als Bewährungshelferin weiß ich, dass jedes Mal, wenn ein wohnungsloser Mensch zu mir kommt, eine lange Suche nach einer Unterkunft und ein fast aussichtsloser Kampf um eine eigene Wohnung beginnt. Diese Notlage einiger meiner KlientInnen macht es notwendig, dass alle Kräfte und Ressourcen auf die Wohnungssuche gebündelt werden, für andere Themen und echte Beratung bleibt kein Raum mehr. Betreuung und Beratung beginnt dann häufig erst, wenn der „Feuerwehreinsatz“ rund um die Unterkunftssuche beendet und die Existenz nicht mehr akut bedroht ist. Das kann Monate, in manchen Fällen auch Jahre dauern. Wohnen will fast jedeR.

Dass Schadensbegrenzung im Falle von Wohnungslosigkeit nicht ausreicht, ist jedem Menschen wohl einleuchtend, wenn er sich nur einmal vorstellt, eine Nacht Ende Oktober im Freien zu verbringen und dass die Suche nach einem trockenen und möglichst warmen Schlafplatz fortan sein Leben bestimmen würde. Das damit verbundene Leid soll jedoch möglichst nicht an die Öffentlichkeit geraten. Und so tut die etablierte Politik das, was sie meist tut, wenn ihr am öffentlichen Stadtbild etwas nicht gefällt: Sie räumt auf und macht sauber. So hielt es auch der Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte und ließ den Hauptbahnhof Ende Oktober 2016 von „Unrat“ räumen. Dass er damit auch Menschen vertreibt, war der Aktion einbegriffen und von ihm durchaus beabsichtigt: „Wenn ich die Abwasserauswurfanlage vor dem Hachmannplatz abbaue, dann hat der Kumpelskreis von Bulgaren, der dort immer sitzt, diese Fläche nicht mehr. Ja, das ist dann so“, ließ er gegenüber Hinz & Kunzt verlautbaren. Es ist das alte politische Spiel, dass man Menschen am

Rande der Gesellschaft am liebsten ganz aus ihr verbannen, sie zumindest unsichtbar machen möchte. Nun könnte man ihnen einfach ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen, doch das Ziel ist ein anderes: Sie sollen nicht gesehen werden. Im Falle des Hauptbahnhofs reicht es dann auch aus, wenn man sie 300 Meter weiter schickt, dorthin, wo sie weniger ins Auge fallen. Das ist die Konsequenz für die betroffenen Menschen: Sie werden verschoben. Sozialen Problemlagen begegnet man mit Ordnungspolitik. Wohnen ist aber ein sozialer Anspruch und verlangt daher soziale Maßnahmen. Wohnen muss jedeR. In unserer Gesellschaft hängt ein Fädchen am anderen, es gibt keine Individuen, die nicht mit der Gesamtgesellschaft in irgendeiner Form verbunden wären. Wenn man also an einem Fädchen zieht, wird sich das andere ebenfalls bewegen – wie bei einem Mobile. Wenn ich den Druck auf obdachlose Menschen durch Vertreibung erhöhe, wird das Auswirkungen auf alle Menschen in einer Stadt haben. Wenn ich den Druck entsprechend verringere, wird die Gesamtbevölkerung ebenfalls die Auswirkungen spüren. Soziale Fragen brauchen soziale Antworten.

Sozialer Wohnungsbau und die Erhaltung der Sozialbindungen, die Ausweitung des Beratungsangebots für Wohnungslose, die finanzielle Sicherung sozialer Einrichtungen, der Ausbau von Streetwork zum Beispiel am Hansaplatz und Hauptbahnhof sind deshalb auch weiterhin unsere Forderungen für eine soziale Stadt und ein menschenwürdiges Leben aller.

Ina Morgenroth, Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-HAMBURG-MITTE.DE/BEZIRKSVERSAMMLUNG/MITTLINKS DEZEMBER 2016/WOHNEN KANN JEDER/](http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/Bezirksversammlung/Mittlinks_Dezember_2016/Wohnen_kann_jeder/)